

Niederschrift

zur 44. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 17.10.2017	18:32-21:53 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Kai Hamacher,

Fraktion DIE LINKE.

Jürgen Grasnick als Vertreter für René Benz,
Stephan Wende,

CDU/FDP-Fraktion

Eberhard Henkel,
Jens Hoffrichter bis 21:13 Uhr (TOP 8.7),

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer,

SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling,
Jürgen Luban,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker,

Sachkundige EinwohnerInnen

Heinz Almes,
Thomas Apitz,
Rolf-Peter Hooge,
Bernd Saliter,
Gordon Starcken,

Verwaltung

Christfried Tschepe, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung,
Carsten Fettke, Fachgruppenleiter Bau- und Liegenschaftsmanagement,
Irina Retzlaff, Fördermittelmanagement,
Jeannine Albrecht, Fachgruppe Stadtplanung,
Rosita Brosinsky, Fachbereich Stadtentwicklung,
Marco Witte als Protokollant,

Gäste

Sebastian Hettchen, INIK GmbH,
Stefan Blasius, INIK GmbH,
Sigrid Daske, Behindertenbeirat,
Elke Neitsch, Behindertenbeirat,
Myriam Kalipke, sachkundige Einwohnerin,
Wolfgang Mulinski, sachkundiger Einwohner,
Uwe Stemmler, Märkische Oderzeitung
sowie drei weitere Bürger und Bürgerinnen.

Abwesend

CDU/FDP-Fraktion

Rolf Hilke,

Fraktion DIE LINKE.

René Benz.

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:32 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Es sind zehn stimmberechtigte Abgeordnete anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.2 zu tauschen, da für die Vorstellung der Varianten der Theodor-Fontane-Grundschule auswärtige Berichterstatter anwesend sind, welche dadurch nicht warten müssten.

Dem Vorschlag und der geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Zustimmung mit Änderung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 12. und 14.09.2017 (entfällt)

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende hat keine Informationen für die Anwesenden.

TOP 6 Informationen und Anfragen aus Beiräten

Aus Beiräten werden keine Fragen gestellt oder Informationen gegeben.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 8 **Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung**

TOP 8.1 **Varianten zur Erweiterung der "Theodor-Fontane-Grundschule"** **(BE: Hr. Blasius, Hr. Hettchen, INIK)**

6/DS/542

Herr Fettke leitet ein, dass diese Drucksache nach dem Grundsatzbeschluss und vor dem Baubeschluss eingefügt wurde, um den aktuellen Planungsstand mit den Änderungen und Kostenentwicklungen vorzustellen.

Der Architekt Blasius zeigt die Grundrisse, Perspektiven und Ansichten anhand von Plakaten: Das Innenraumkonzept und die Gebäudehülle haben sich etwas geändert. Im Inneren wurden einzelne **Zonen** farblich voneinander abgesetzt und mit Bänken ausgestattet. Auch die Verwendung natürlicher Materialien wie Filz und Holz wurde auf diese Komposition abgestimmt. Neben gestalterischen Aspekten erfüllt dies auch akustische Funktionen (Schallabsorption). Auf allen drei Hauptdächern soll eine Dachbegrünung erfolgen und, wie gehabt, ein grünes Klassenzimmer entstehen. Die Fassade wird verputzt und zur Dämmung werden nicht brennbare mineralische Materialien verwendet. Die Flurflächen im Verbindungsbau sollen eine Lochblechfassade erhalten, welche eine unterschiedliche Wahrnehmung von innen und außen bewirkt.

Herr Luban fragt, ob die **Metallteile** lackiert werden. Herr Blasius führt aus, dass es sich um eloxiertes Aluminiumblech handeln wird.

Herr Zänker fragt nach der **Warmwasserversorgung**. Die Wirtschaftlichkeitsprüfung hat ergeben, dass ein Hybridsystem am geeignetsten ist, wie Herr Blasius informiert. Durchlauferhitzer werden nur an einigen Punkten installiert.

Nach der Art der **Dachpflanzen** fragt Herr Almes, woraufhin Herr Blasius ausführt, dass zum jetzigen Zeitpunkt detaillierte Aussagen dazu noch nicht getroffen werden können. Es ist jedoch erfahrungsgemäß anzunehmen, dass Sedum und Gräser verwendet werden.

Herr Fischer fragt nach den Einsparmöglichkeiten. Herr Fettke sagt, dass diese vorhanden sind. Bspw. sei das **Gründach** einsparbar. Allerdings empfiehlt das Klimaschutzkonzept eine Begrünung zur CO₂-Einsparung. Hierüber kann eine Diskussion geführt werden, wobei die Verwaltung eine Reduzierung nicht empfiehlt, da das Gebäude Jahrzehnte genutzt werden soll.

Herr Fischer sagt, dass andere Zeitspannen der **Rentierlichkeit** je nach gewählter Variante bestehen. Herr Fettke bemerkt, dass das Thema bei der Gerhard-Goßmann-Grundschule schon diskutiert wurde. Die damals geäußerte Kritik von Herrn Rudolph wurde aufgenommen und beachtet.

Herr Fischer kritisiert, dass die Empfehlungen des Ausschusses zu anderen **Energiequellen** nicht aufgenommen und geprüft wurden. Diese wurden betrachtet, sind aber nicht gesondert erwähnt worden, sagt Herr Fettke. Auch eine BHKW-Variante wurde untersucht. Hier werden jedoch 8000 h/a Stromabnahme benötigt, welche hier nicht existieren, auch weil die Turnhalle zu klein ist. Beim Verbrauch besteht ein enger Rahmen. Es wurde versucht, das optimale Ergebnis zu erzielen. Der zusätzliche Energiebedarf ist äußerst gering und eine Flächenheizung gänzlich überflüssig. Die Kühlung im Sommer erfolgt über die Lüftungsanlage in der Nacht. Durch das Herablassen der Jalousien heizen sich die Räume nur gering auf.

Herr Wende findet, dass eine Nutzung nach 14 Uhr als **Ressource** zu sehen ist, die genutzt werden sollte. Er bringt die arabische Schule, die Volkshochschule oder eine Ganztagschule ins Spiel. Allgemein freut er sich über den Entwurf und lobt den Architekten. Aus seiner Sicht findet keine Bevorteilung der Theodor-Fontane-Grundschule statt, vielmehr handelt es sich um eine Investition in die Bildung und damit in die Zukunft. Ziel sollte es sein, dass die Kinder mit Freude lernen und Lehrer mit Freude unterrichten. Der Raum ist hierbei der „dritte Pädagoge“. Die Kostensteigerungen sind nachvollziehbar und der sich ergebende Mehrwert ist sichtbar. Er spricht sich gegen Einsparungen aus.

Herr Wende meint, dass die Formulierungen in der Drucksache zum Kommunalinvestitionsförderungsgesetz II (KInvFG II) zu allgemein sind. Frau Retzlaff bemerkt, dass das Gesetz zwar beschlossen ist, aber die Richtlinie noch fehlt. Es sind keine neuen Kommunen zu erwarten, Fürstenwalde ist dabei. Die Gesamtmittel wurden etwas reduziert, es werden etwa 3 Mio. Euro für die Stadt zur Verfügung stehen. Das Geld ist für Bildungseinrichtungen einsetzbar. Somit könnte die Restförderung der Theodor-Fontane-Grundschule aus KInvFG gedeckt werden.

Herr Wende verweist darauf, dass bei den **Freianlagen** nur der erste Bauabschnitt realisiert wurde und fragt nach Finanzierungsmöglichkeit für die anderen Abschnitte. Herrn Fettke ist nicht bekannt, dass davon noch Mittel vorhanden sind. Dies bestätigt Frau Retzlaff. Es wurde nur ein Teil des Hofes gestaltet. Auch der Abriss der Mensa war daraus geplant gewesen, dafür sind jetzt Mittel aus einem anderen EU-Förderprogramm vorgesehen.

Herr Wende fragt nach dem **Starkstromanschluss** für die Küche. Hierzu gab es noch keine abschließende Prüfung, antwortet Herr Fettke. Vielmehr ist der Raumbedarf entscheidend. Eine Bedienküche wird priorisiert. Eine Vollküche ist nicht geplant. Für die Entscheidung wird das Ergebnis des Arbeitsgremiums „Essen“ abgewartet.

Herr Fischer sagt, dass eine Selbstversorgung durch die **Arbeitsgruppe** nicht angestrebt wird. Wird jedoch die Infrastruktur nicht geschaffen, kann es auch nie zum Thema werden. Auch die Verwendung der vorhandenen Großküche auf der anderen Straßenseite muss geprüft werden. Herr Wende stellt fest, dass die Arbeitsgruppe nur von der Mitarbeit zweier Fraktionen (BFZ, Linke) und der Verwaltung lebt. Für die Verwaltung besteht dadurch die Schwierigkeit nicht zu wissen, ob die Ergebnisse der Arbeitsgruppe im politischen Raum mehrheitsfähig sind.

Herr Fischer bemerkt, dass das Thema **Gleichbehandlung** der Schulen auch bei den Linken eine Rolle spielen sollte. Aufgrund der Fördermöglichkeiten kann die Theodor-Fontane-Grundschule in einen Zustand versetzt werden, der bei den anderen Schulen nicht erreicht wird. Dies bedeutet nicht, dass die BFZ-Fraktion das Projekt ablehnt. Im Moment wird nur über den Anbau gesprochen, während der barrierefreie Umbau des Altgebäudes noch aussteht.

Durch das neue Schulzentrum in Süd entsteht eine zweizügige Grundschule, die Theodor-Fontane-Grundschule wird jetzt auf drei Züge erweitert, führt Herr Fischer aus. Möglicherweise sind die **Kapazitäten** zukünftig zu groß und unausgewogen. In Süd wird es vier und in Mitte drei Züge geben, während der Stadtteil Nord vielleicht abgehängt wird. Die Planungen wurden vor dem Entschluss des Landkreises zum Bau einer Grundschule angestoßen.

Herr Hemmerling sagt, dass der Grundsatzbeschluss zum **Ausbau** getroffen wurde und dieser nicht infrage zu stellen ist. Herr Wende bemerkt, dass der Stadtentwicklungsausschuss immer über den eigenen Tellerrand hinaus schauen und Veränderungen berücksichtigen sollte. Das Schulzentrum ist allerdings schon länger, mindestens seit anderthalb Jahren ein Thema.

Herr Wende betont, dass auch bei der Sanierung der Gerhard-Goßmann-Grundschule und der Sigmund-Jähn-Grundschule ausführlich inhaltlich diskutiert wurde. Er rät davon ab, die Schulen gegeneinander auszuspielen. Die Aufwertung der Theodor-Fontane-Grundschule ist auch eine Form der Gleichberechtigung. Der Beschluss der **Schulbezirkssatzung** würde ausreichende Schülerzahlen an allen Schulen sicherstellen. Die gute Qualität des Unterrichts in Nord hat als Argument nicht funktioniert.

Herr Hamacher fragt, ob sich auch die Flächengröße geändert hätte. Dies bestätigt Herr Fettke und sagt, dass durch die Änderungen gegenüber der ursprünglichen Planung 398 m² mehr gebaut werden.

Herr Fischer kritisiert, dass das Geld nur für eine Schule ausgegeben wird, wodurch unterschiedliche Standards entstehen. Herr Fettke widerspricht dem entschieden und sagt, dass bei allen Schulen viel unternommen wird. Seit Jahren werden pro Jahr 18.000 Euro je Schule für Erneuerungen eingesetzt. Es sind **Millionenbeträge** in die Sigmund-Jähn-Grundschule, in die Gerhard-Goßmann-Grundschule und in die Sonnengrundschule investiert worden. In der Gerhard-Goßmann-Grundschule stehen bspw. Tablets als Alleinstellungsmerkmal zur Verfügung.

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Planung des Bauvorhabens „Erweiterung der Theodor-Fontane-Grundschule“ in der Windmühlenstraße 11 auf der Grundlage der LPH 3 nach HOAI (Entwurfsplanung) bis zur LPH 4 durchzuführen.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 8.2 Aktive Stadtzentren: Auslaufende Förderperiode und Verstetigung Innenstadtmanagement

Frau Albrecht erläutert anhand einer Präsentation den aktuellen Stand zum Förderprogramm Aktive Stadtzentren (ASZ), welche auch das Innenstadtmanagement (ISM) betrifft. Da die ASZ-Förderung in Fürstenwalde zum 31.12.2019 ausläuft, müsste das ISM künftig ohne diese Förderung weiterlaufen.

Das Büro „Planergemeinschaft für Stadt und Raum eG“ ist derzeit **Auftragnehmer** der Stadt. Das ISM wird von der Verwaltung als wichtig betrachtet. In den letzten Jahren beschäftigte sich das ISM u.a. mit der Betreuung der Händlergemeinschaft und war beteiligt bei den Projekten Marktplatzgestaltung, „Nette Toilette“ und dem Wettbewerb zur Gestaltung der Kinofassade am Schweinmarkt. Darüber hinaus organisiert das ISM die Nutzung des Innenstadtbüros in der Mühlenstraße.

Jüngstes Projekt war die Abstimmung mit den Händlern zur Erneuerung und Verbesserung der Situation bei den **Fahrradabstellanlagen** in der Eisenbahnstraße, zu dem ein Informationsfaltblatt entworfen wurde. Exemplare wurden an die Anwesenden verteilt und werden bei Bedarf den Händlern zur Verfügung gestellt. Aus dem Verfügungsfonds wurden u.a. die Shoppingnacht, die Eisbahn und die neue LED-Weihnachtsbeleuchtung bezahlt. Für das Projekt „Drehscheibe Mobilität“ erstellt das ISM ein Leistungsverzeichnis für die Ausschreibung des Konzeptes.

Aufgrund des Auslaufens des ASZ-Förderprogramms in seiner jetzigen Form im Jahr 2019 wäre eine (längerfristige) erneute Ausschreibung und Vergabe erst dann sinnvoll, wenn bei der weitergehenden Aussicht Klarheit besteht. Bis dahin sollte das ISM in seiner heutiger Form weiterarbeiten dürfen. Als Aufgaben bis 2019 sind vorgesehen: eine Leerstandsanalyse und Verbesserungsvorschläge, das behutsame Auslaufen des Händler-Netzwerks, Recherchen zu **Stadtmarketing** und die Begleitung der ersten Schritte des künftigen Managements. Hierzu soll ein Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen erfolgen.

Herr Zänker regt an, das **Innenstadtbüro** durch die Einrichtung eines Internetzugangs aufzuwerten, da in den Räumlichkeiten der mobile Empfang sehr schlecht ist. Herr Wende unterstützt den Vorschlag und spricht sich explizit für den Erhalt des Innenstadtbüros aus. Für diverse Veranstaltungen, z.B. den Weihnachtszauber werden Partner gebraucht. Die Händler zeigen wenig Eigeninteresse, was im letzten Jahr zum Ausfall der Veranstaltung führte. Herr Apitz fragt, welche Kosten für das ISM anfallen. Frau Albrecht führt aus, dass jährlich 70.000 Euro bezahlt werden. Diese Summe setzt sich aus verschiedenen Komponenten zusammen und umfasst nicht allein das ISM.

Herr Luban sagt, dass es eine Art Innenstadtmanagement bereits in den 1990er Jahren gab. Damals bildeten 51 Händler eine **Interessengemeinschaft**, welche u.a. das Stadtkernerfest auf Kosten der Händler organisierte. Die Händler waren bei diesen Festen vor ihren Geschäften präsent. Auch mit den Markthändlern fand eine gute Zusammenarbeit statt. Zu Weihnachten wurden durch die Händler Lichterketten finanziert und aufgehängt. Dieses Engagement endete, als die Stadt einen kommerziellen Veranstalter beauftragte, der für die Beteiligung von den Händlern einen Obolus verlangte. Daraufhin haben sich die Händler zurückgezogen.

Herr Fischer wirft die Frage auf, was das Endziel der Verlängerung des Engagements sein soll. Welche konkreten **Erwartungen** werden formuliert. Das Innenstadtbüro sollte nicht zu einem Vereinsbüro umgewidmet werden. Möglicherweise können die ISM-Aufgaben auch durch die Verwaltung oder das Tourismusbüro abgedeckt werden, was aus seiner Sicht die Notwendigkeit der Beauftragung eines Büros fraglich macht. Die jeweiligen Mitarbeiter könnten in einem Arbeitskreis als Ansprechpartner für die Händler dienen.

Frau Retzlaff führt aus, dass das Innenstadtbüro nicht dem ISM, sondern als Quartierstreff für die Innenstadt dient. Die Besetzung durch eine ABM-Kraft hat sich als nicht ausreichend leistungsfähig erwiesen. Auch gingen über die Jahre immer mehr Führungskräfte in Vereinen bzw. Interessengemeinschaften verloren. Erst mit der Shoppingnacht wurde wieder ein zentrales Ereignis angestoßen. Auch in anderen Städten sind Vereine oder Unternehmen Auftragnehmer. Eine konkrete Aufgabe könnte sein, die gesammelten **Erfahrungen** in anderen Städten abzufragen und die besten Lösungen für Fürstenwalde herauszufiltern. Über die Alternativen könnte dann die Stadtverordnetenversammlung abstimmen.

Herr T. Apitz fragt, ob es einen verbindlichen **Aufgabenkatalog** des ISM gibt, und verweist auch auf die vielen Mitarbeiter der Verwaltung, die sich in Teilen mit denselben Themen befassen. Frau Retzlaff sagt, dass das Ziel und die Struktur aus der Befragung der anderen Städte abgeleitet werden sollte. Der Ausschuss kann hier Vorschläge unterbreiten.

Herr Luban bemerkt, dass der Erfolg mit Anzahl der engagierten Händler steht und fällt. Der Bau des A10-Centers sorgte für Umsatzeinbrüche und dafür, dass von den ursprünglichen 51 Händlern aktuell nur noch vier übrig sind. Frau Retzlaff ergänzt, dass heute die größte **Konkurrenz** durch den Internethandel besteht. Herr Luban verweist aber auch auf die SB-Warenhäuser am Stadtrand, bei denen der Ausschluss innenstadtrelevanter Waren nicht funktioniert hat.

Herr Hamacher sagt, dass er das ISM in den INSEK-Runden kritisiert hat. Er findet, dass die Vernetzung der Händler deren eigene Aufgabe ist und ein **Selbstzweck** sei. Maßnahmen können bestenfalls angeschoben werden. Er kritisiert auch, dass bei der EHZK-Beratung keine Händler erschienen sind und vermutet, dass die Aufgabenauslagerung mit zum Einschlafen des Händlerengagements beigetragen hat.

Herr Wende sagt, dass über die Stellen nicht entschieden wird und appelliert an die Händler, den Prozess aktiv zu begleiten. Eine lebendige Innenstadt ist auch für die **Einwohner** wichtig. Er fragt, wie hoch der Erfüllungsgrad der aktuellen Aufgabenbeschreibung ist. Frau Retzlaff erläutert, dass die Durchführungsaufgabe zur Abrechnung der Leistungen sehr gut erfüllt wird. Beim Management verändert sich die Aufgabe vom Kümmern in Richtung Verstetigung. Die Händler treffen sich regelmäßig, um Veranstaltungen und Ideen abzustimmen. Das ISM führte auch dazu, dass im Vergleich zu anderen Städten der Leerstand in der Eisenbahnstraße überschaubar ist.

Herr Fischer vermisst **Sachstandsberichte** im Ausschuss. Auch heute hätten Händler und das ISM vorbei kommen können, um ihre Positionen darzustellen. Er bemängelt, dass es zwar die Fürstenwalder Sortimentsliste als Bauvorschrift gibt, letztlich aber keine Kontrolle stattfindet und Verstöße festzustellen sind. Hier könnte das ISM als Sprachrohr gegenüber dem Bauordnungsamt des Kreises fungieren, um Verstöße verfolgen zu lassen. Frau Albrecht bemerkt, dass viele angesprochen wurden, die nicht Teil des Innenstadtmangements sind. In der Präsentation wurden die Aufgabenstellungen aufgeführt und einen Sachstandsbericht hat es u.a. im letzten Jahr gegeben.

TOP 8.3 Ausführungsbeschluss für den Ausbau der Straßenbeleuchtung Neue 6/DS/571 Straße

Obwohl es sich eher um ein kleines Projekt handelt, bewegt es die Anwohner, weil für das Aufstellen der Straßenlampen Beiträge erhoben werden müssen, führt Herr Tschepe ins Thema ein. Von den Gesamtkosten von ca. 68.000 Euro werden etwa 48.000 Euro von den Anliegern getragen. Die Einzelbeiträge sind von der Grundstücksgröße abhängig. Es gab kritische Stimmen, da einzelne Leuchten bereits vorhanden sind. Die Beleuchtung ist jedoch nicht ausreichend und überdies dringend erneuerungsbedürftig.

Herr Wende begrüßt die Umrüstung und fragt, ob diese Maßnahme die gesamte Straße betrifft. Dies bestätigt Herr Tschepe. Herr Wende regt an, den **unbefestigten Abschnitt** Krausestraße–Waldemarstraße im Zuge des Ausbaus der Krausestraße mit anzufassen. Herr Hemmerling unterstützt Herrn Wendes Vorschlag. Die Verbesserung der Beleuchtung ist auch für die Sicherheit wichtig.

Herr Fischer hätte gern die Reaktionen der **Anwohner** schriftlich erhalten, um sich umfassend zu informieren. Die Maßnahme als solches begrüßt er. Herr Tschepe sagt, dass es bislang nur Anrufe und Besuche gab, aber nichts Schriftliches.

Herr Hamacher bemerkt, dass es sich nicht um einen Neubau handeln kann, wenn eine Beleuchtung bereits existiert. Herr Tschepe führt aus, dass es nur einzelne Leuchten gibt, welche nicht dem vorgeschriebenen Standard entsprechen. Herr Fischer regt an, nur in den unversorgten Bereichen einen Ausbau und ansonsten eine Sanierung zu berechnen und die dadurch erwarteten Minderkosten auf alle zu verteilen. Herr Tschepe informiert, dass es sich nicht um eine erstmalige Herstellung handelt, sondern um einen Ausbau, bei dem die Anlieger nach **Straßenausbaubeitragsgesetz** 70 % der Kosten zu übernehmen haben.

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Ausbau der Straßenbeleuchtung in der Neuen Straße.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.4 Vorstellung der Planungen des Grünzuges im Gebiet Ketschendorfer Feldmark

Wie Herr Tschepe anhand einer Präsentation ausführt, befindet sich die Planung des Grünzuges in der Frühphase. Ausgangslage ist der Rahmenplan für die Ketschendorfer Feldmark, der einen **Grünzug** durch das Gebiet vorsieht. Im südöstlichen Bereich soll dadurch der große Baumbestand erhalten bleiben und ferner eine attraktive Fuß- und Radwegeverbindung zwischen Waldemarplatz und Bahnhofstraße entstehen.

Im ersten Bauabschnitt ist bereits eine rege Bautätigkeit feststellbar, der zweite Bauabschnitt wird über den Bebauungsplan Nr. 104 (Ketschendorfer Feldmark II) entwickelt, der sich aktuell in der Aufstellung befindet. Der aktuelle Stand sieht für den Grünzug im ersten Bauabschnitt einen Aufenthaltsbereich an der Krausestraße und einen Weg zur Lily-Braun-Straße vor. Baumpflanzungen finden in den Mündungsbereichen an den Straßen statt. Die **Wegführung** ist geschwungen und am Wege werden Bänke aufgestellt. Die Einrichtung von Aktionsangeboten ist zunächst nicht geplant. Formelle Unterlagen werden zu den Beschlüssen vorgelegt. Der Grünzug ist Teil der Ausgleichskonzeption der Bebauungspläne.

Herr Starcken fragt nach der Beleuchtung und der Länge des Grünzuges, den Herr Tschepe im ersten Abschnitt auf etwa 120 m bemisst. Eine **Beleuchtung** am Wege ist nicht vorgesehen, Leuchten stehen an den Einmündungen in die querenden Straßen. Falls eine darüberhinausgehende Beleuchtung gewünscht wird, könnte diese bei den Planungen berücksichtigt werden.

TOP 8.5 Straßen- und Wegbenennungen im Gebiet Ketschendorfer Feldmark 6/DS/563

Herr Tschepe führt aus, dass es sich um zwei weitere Straßenbenennungen im Gebiet Ketschendorfer Feldmark handelt. Wie bei den bereits beschlossenen acht Straßennamen sollen insbesondere lokal bekannte und in Fürstenwalde tätige Frauen gewürdigt werden. Schwierigkeiten ergeben sich dadurch, dass das Wirken der Frauen vor 100 oder 200 Jahren größtenteils unbekannt ist.

Mit **Elisabeth Brade** soll eine Hebamme durch die Benennung einer Straße geehrt werden, die in Ketschendorf bzw. Fürstenwalde-Süd gewirkt hat und ortsbekannt war. Gerade im Hinblick auf die aktuelle Hebammendebatte wäre dies auch ein bewusstes Zeichen für die Wertschätzung der Arbeit der Geburtshelferinnen.

Ursprünglich sollte der Weg durch den Grünzug (TOP 8.4) nach einer Lehrerin aus Ketschendorf bzw. Fürstenwalde-Süd benannt werden. Nach einem Öffentlichkeitsaufruf durch die Stadt verdichteten

sich jedoch die Hinweise, dass die vorgeschlagene Frau eine Nazivergangenheit hat. Aus diesem Grund wurde vom ursprünglichen Vorschlag abgesehen und es wird ein **neuer Name** gesucht.

Weiterhin soll der als Zufahrt zum Gebiet fungierende kurze Abschnitt der Krausestraße zwischen August-Bebel-Straße und Poststraße den neuen Namen „**Zur Ketschendorfer Feldmark**“ erhalten. Durch die Benennung würde der Name des Gebietes widergespiegelt, wie es die SPD-Fraktion ange-regt hatte. Die Umbenennung würde an der August-Bebel-Straße (L 35) als wichtigster zuführender Straße einen bewussten Hinweis auf die Verortung des Gebietes geben. Der Straßenabschnitt liegt versetzt zum Hauptteil der Krausestraße und von der Namensänderung wären keine Anlieger direkt betroffen.

Herr Fischer fragt nach dem rechtlichen Status der als Elisabeth-Brade-Straße vorgesehenen Ver-bindung, die derzeit der **Erschließung** eines hinterliegenden Grundstückes dient und als Privat-straße ausgewiesen ist. Herr Tschepe informiert, dass die Stadt die Straßenfläche mittlerweile erworben hat und die Beschilderung entfernt wurde. Der Weg ist momentan nicht gewidmet, kann aber genutzt werden. In Gesprächen mit den Eigentümern der anliegenden Grundstücke haben sich diese mittelfristig für die Schaffung von Baurecht über die Erstellung eines Bebauungsplanes aus-gesprochen. Von der Straßenbenennung wäre aktuell ein Eigentümer betroffen. Dieser wurde betei-ligt und hat sich zur angedachten Umbenennung nicht geäußert.

Herr Fischer problematisiert, dass die Betroffenen später Erschließungsbeiträge zahlen müssen. Herr Tschepe sagt, dass die Eigentümer sowohl im Zuge des Rahmenplans als auch beim Bebau-ungsplan Nr. 104 (Ketschendorfer Feldmark II) beteiligt wurden, und diese haben in Teilen ihr **Inter-esse an der Baulandwerdung** signalisiert. Hierfür gibt es aber auf beiden Seiten keinen Zeitdruck.

Herr Fischer stellt den **Änderungsantrag**, dass die Namen der zwei vorgeschlagenen Namen mitei-nander getauscht werden sollen. Er begründet dies damit, dass das kurze Stück der Krausestraße kein Eingangstor zum Wohngebiet darstellt. Herr Tschepe gibt zu bedenken, dass durch den Namen „Zur Ketschendorfer Feldmark“ für den jetzigen Erschließungsweg suggeriert wird, dass es sich um eine leistungsfähige Zufahrt handelt. Zudem stünde die Elisabeth-Brade-Straße nicht mehr im Zusammenhang mit den anderen Frauennamen und eine Adressbildung am Straßenstück wäre aufgrund der Kürze sehr unwahrscheinlich. Es wird über den Änderungsantrag abgestimmt. Mit zwei Ja-Stimmen, sechs Ablehnungen und zwei Enthaltungen wird die Änderung **abgelehnt**.

Dem ungeänderten Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Wohnstraße im Südosten des Wohngebietes „Ketschendorfer Feldmark“ soll den Namen „Elisabeth-Brade-Straße“ erhalten.
2. Die Krausestraße soll im Abschnitt August-Bebel-Straße–Poststraße den neuen Namen „Zur Ketschendorfer Feldmark“ erhalten.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.6 Benennung einer Straße nach Siegfried Hirschmann

6/DS/581

Herr Tschepe informiert, dass die Benennung nach dem Gründer der **Kabelwerke** auf Grundlage eines Antrages der CDU/FDP-Fraktion beruht. Vorgeschlagen wird, die derzeit als Umleitung genutz-te Straße zwischen Bahnhofstraße und Alte Langewahler Chaussee nach Siegfried Hirschmann zu benennen. Der nördliche Abschnitt bis zur Gerhard-Goßmann-Grundschule ist bereits ausgebaut und bleibt in jedem Fall erhalten. Er trägt bislang keinen Namen. Die anliegende Schule sowie die Pneumant-Sporthalle laufen adressarisch unter Bahnhofstraße.

Die Zukunft des südlichen Abschnittes ist noch offen. Nach jetzigem Stand wird die vorhandene **Baustraße** durch den Landesbetrieb zurückgebaut werden. Sie nimmt teilweise auch Flächen des Sportforums in Anspruch. Auch ohne klare Aussage über diesen Teil sollte der vorhandene nördli-

che Abschnitt den Namen Hirschmanns erhalten. Zum einen hat er schon heute eine gewisse Bedeutung und zum anderen liegt er im direkten Umfeld des Reifenwerks. Es existieren zudem keine Neuplanungen im Bereich und die Umbenennung vorhandener Straßen hätte erhebliche Auswirkungen auf anliegende Gewerbebetriebe. Die Umadressierung der Schule und der Sporthalle hätte nur Auswirkungen auf städtische Einrichtungen.

Herr Fischer fragt, ob die **Betroffenen** (Verein, Schule) über die Absicht informiert wurden. Herr Tschepe sagt, dass die Schulleitung noch offiziell darüber informiert wird. Die Vereinsvorsitzende, die ja auch Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen ist, hat sich in der letzten Ausschusssitzung ausdrücklich dafür ausgesprochen.

Herr Fischer erinnert in diesem Zusammenhang an die Diskussion über die **Zukunft der Straße**. Hier bemerkt Herr Wende, dass der Ausschuss der Verwaltung eine klare Linie vorgegeben hat, über die jetzt nicht diskutiert werden sollte. Herr Tschepe sagt, dass eine Diskussion ohnehin zeitnah erfolgen sollte, da das Land überraschend angekündigt hat, sie im ersten Quartal 2018 zurückzubauen. Herr Wende zeigt sich verstimmt, da der Ausschuss die Verwaltung beauftragt hatte, dass als Minimallösung die Baustraße als Geh- und Radweg weiterverwendet werden kann. Als Maximalvariante sollte die Verwaltung ein Planfeststellungsverfahren vorbereiten. Die vorhandene Anlage könnte möglicherweise als Grundlage einer künftigen Straße dienen. Herr Fischer vermutet, dass die Verwaltung nicht an diesem Thema arbeitet.

Herr Hamacher verweist auf eine Aussage von Frau Nötzel in einer Sitzung, dass das Straßenband definitiv verschwinden wird. Herr Tschepe stellt klar, dass der Erhalt der Baustraße als öffentliche Straße ausgeschlossen ist, aber durchaus als **Fuß- und Radweg** weiterverwendet werden könnte. Die aktuelle Entwicklung wurde so nicht erwartet. Eine Klärung soll herbeigeführt werden und das Ergebnis wird den Abgeordneten mitgeteilt.

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die östliche Verbindung zwischen der Bahnhofstraße im Norden und der Alten Langewahler Chaussee im Süden in Siegfried-Hirschmann-Straße zu benennen. Der Beschluss bezieht sich zunächst auf den nördlichen, bereits grundhaft hergestellten Abschnitt zwischen Bahnhofstraße und der Zufahrt des Parkplatzes vor der Gerhard-Goßmann-Grundschule. Der südlich angrenzende Abschnitt wird erst dann den Namen Siegfried-Hirschmann-Straße erhalten, wenn er als Straße oder als Geh- und Radweg hergestellt wird bzw. erhalten bleibt.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Gerhard-Goßmann-Grundschule mit ihrer Anschrift der Siegfried-Hirschmann-Straße zugeordnet wird.

Zustimmung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 8.7 Entwurf des Sitzungsplans 2018

Herr Tschepe bemerkt, dass die Grundstruktur neun Stadtverordnetenversammlungen vorsieht, vor denen jeweils die Ausschüsse tagen. Es sind elf Stadtentwicklungsausschusssitzungen geplant, sodass zwei Termine für tiefergehende Sitzungen genutzt werden können.

Herr Fischer findet, dass die Anzahl an Sitzungen knapp bemessen ist. Er stellt zur Diskussion, ob Fortsetzungssitzungen oder eher mehr Ausschüsse sinnvoller sind. Herr Wende schlägt einen **zusätzlichen Termin** nach der Sommerpause vor: Anstelle der Sitzung am 28.08. sollten am 21.08. und am 04.09. Sitzungen angesetzt werden. Beide würden noch vor der Stadtverordnetenversammlung am 13.09. liegen. Der Termin sollte festgelegt werden, falls er doch unnötig sein sollte, könnte er auch gestrichen werden. Herr Hamacher findet den Vorschlag von Herrn Wende gut, auch aufgrund der Erfahrungen in diesem Jahr. Herr Fischer sagt, dass den vom BFZ bei Frau Koch angeregten Änderungen Rechnung getragen wurde. Auch er kann Herrn Wendes Vorschlag folgen.

Herr Hamacher fragt, ob eine Zusatzsitzung auch für den **Jahresbeginn** möglich wäre. Herr Tschepe findet dies eher ungünstig, da über Weihnachten und früh im Januar zum einen wenig passiert und zum anderen auch die Büros in dieser Zeit gering besetzt sind und kaum für Präsentationen bereit stehen.

Herr Almes regt allgemein die **Digitalisierung** des Kalenders an.

Der Vorsitzende lässt über den Vorschlag der zusätzlichen Sitzung nach der Sommerpause abstimmen, die Abgeordneten stimmen dem Vorschlag einstimmig zu.

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Herr Tschepe informiert, dass die Arbeiten zum Umbau der **Fahrradabstellanlagen** in der Eisenbahnstraße zur Aufwertung und Verbesserung der Situation in Kürze beginnen werden. Hierzu wurden Informationsfaltblätter verteilt.

Leider gibt es bei der Umsetzung der Installation des **Fußgängerüberwegs** in der Bahnhofstraße Verzögerungen, weil die Maste zum Aufhängen der Leuchtschilder nicht vor November lieferbar sind. Die dementsprechende Pressemeldung wurde auch verteilt.

Als Antwort auf die Anfrage zu den **Kosten einer Baustellenampel** informiert Herr Tschepe, dass das Auf- und Abbauen, Einrichten, Programmieren und die Genehmigungen etwa 10.000 Euro kosten. Dazu kommt noch die Anlagenmiete, welche sich bei etwa 50 Euro/Tag bewegt. Für eine Standzeit von vier Jahren summieren sich die Kosten auf etwa 80.000 Euro.

Den aktuellen Stand einiger Tiefbaumaßnahmen erläutert Herr Tschepe anhand einer Präsentation: In der **Jahnstraße** sind die Leitungsarbeiten abgeschlossen und es werden die Borde gesetzt. Weil sich der Trinkwasserleitungsbau verzögert hat, ist die Maßnahme etwas in Verzug. Der avisierte Fertigstellungstermin ist der 12.12.2017.

Auch beim neuen Geh- und Radweg in der **Ehrenfried-Jopp-Straße** (bei Bonava) verzögert sich die Fertigstellung. Hier waren diverse Medien zu flach und tlw. auch falsch verlegt worden. Diese müssen zunächst umverlegt werden. Darüber hinaus wurden unbekannte Fundamentreste gefunden, die auch archäologisch untersucht werden müssen. Herr Almes fragt, inwieweit sich Bonava an den Kosten beteiligt. Herr Tschepe antwortet, dass der Grundstückseigentümer beteiligt wird. Dieses ist die GIP. Bonava wird über einen Schlüssel über die Miete an den Kosten beteiligt.

In der **August-Bebel-Straße** (L 35) werden derzeit die Entwässerungsleitungen (Regenwasser) verlegt. Durch die Starkregenereignisse im Sommer entstanden Schwierigkeiten mit der Wasserhaltung, sodass zwischenzeitlich die Arbeiten eingestellt werden mussten. Die Fertigstellung wird für Mitte Dezember angestrebt. Dies ist jedoch von den Witterungsbedingungen abhängig.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herr Grasnick fragt, ob das im Bürgerbudget vorgeschlagene Versetzen der **Poller vor dem Bernhardinum**, welches durch die Abgeordnete Radom seit Jahren gefordert wird, schon einmal geprüft wurde. Herr Tschepe bemerkt, dass hier viele unterschiedliche Meinungen aufeinander prallen. Ein Unfall ist hier nicht bekannt, der Sachverhalt soll aber nochmals geprüft werden.

Herr Fischer nimmt viele ordnungswidrig abgestellte **Kraftfahrzeuge auf Gehwegen** wahr. Die Wege sind für derartige Belastungen nicht ausgelegt und werden beschädigt. Er vermisst eine effektive Kontrolle und Ahndung. Herr Tschepe führt aus, dass das Ordnungsamt nicht alles kontrollieren kann, daher sind an vielen Stellen bauliche Lösungen zum Schutz der Wege geeigneter.

Herr Wende fragt nach dem aktuellen Stand zur Planung des **Kreisverkehrs** an der Kreuzung Julian-Marchlewski-Straße/Johann-Sebastian-Bach-Straße/Juri-Gagarin-Straße. Dies wäre ein größerer Umbau und dieser ist nur langfristig möglich, informiert Herr Tschepe. Zur Wiederinbetriebnahme der derzeit defekten Ampelanlage wurde vor Wochen ein Steuerungsgerät bestellt. Die Lieferung verzögert sich leider, sodass vor November die Lichtsignalanlage nicht wieder funktionieren wird.

Herr Wende bittet Frau Albrecht, die Tafeln der gestrigen **INSEK-Runde** als Fotografie den Abgeordneten zur Verfügung zu stellen. Herr Tschepe sagt, dass die Bilder und Ergebnisse der Runden auf der Stadtseite eingestellt werden. Falls darüber hinaus Bedarfe bestehen, können Informationen auch bei der Verwaltung angefragt werden. Auf Herrn Fischers Nachfrage wird festgestellt, dass alle Abgeordneten zur Veranstaltung eingeladen wurden.

Herr Wende regt an, beim Umfeld des Haltepunktes Süd die **Förderung** aus der Sozialen Stadt anstelle des Stadtumbaus zu nutzen. Herr Tschepe informiert, dass Frau Albrecht in der nächsten Ausschusssitzung im nicht öffentlichen Teil zur Fördergebietskulisse informieren wird.

Herr Wende erfragt den Stand der Umsetzung der **Maßnahmen am Bahnhof**, woraufhin Herr Tschepe bekannt gibt, dass heute die erste Genehmigung für kleinere Maßnahmen eingetroffen ist. Diese sollen so schnell wie möglich umgesetzt werden.

Herr Wende fragt, warum die Drucksache zum **Naturschutzgebiet Spreetal** (6/DS/584) nicht in diesem Ausschuss behandelt werden soll. Zudem erschließt sich ihm das Aussprechen gegen das geplante Naturschutzgebiet nicht. Herr Tschepe informiert, dass die Drucksache im Hauptausschuss zurückgezogen wurde, da neue Fragen aufgetaucht sind.

Herr Wende fragt nach dem aktuellen Stand zur **Radwegekonzeption**. Herr Witte, der das Thema in seiner Diplomarbeit behandelt hat, wird morgen die Verteidigung der Arbeit haben und kann anschließend inhaltlich darüber informieren.

Herr Almes informiert, dass er mehrfach beobachtet hat, wie problematisch die Situation rund um die **Bushaltestellen am Bernhardinum** ist. Er spricht sich für eine zeitnahe Verlegung der Haltestelle „Rotkehlchenweg“ Süd nach Osten zur Einfahrt oder eine Verlegung in die Trebuser Straße sowie für eine Vergrößerung der Wartebereiche der Haltestelle „Weinberggrund“ aus. Herr Tschepe kennt die Probleme und informiert, dass die Handlungsspielräume der Stadt an der Landesstraße doppelt begrenzt sind: Zum einen ist der Tempo-30-Antrag von der Straßenverkehrsbehörde bislang unbeantwortet geblieben und zum anderen will der Landesbetrieb Straßenwesen zuerst das Entwässerungsproblem gelöst sehen. Dies stellt aber eine große Maßnahme dar. Die Kinder, die die Linie 411 nutzen, könnten auch an der Trebuser Straße aussteigen und dadurch das Nutzen des gefährlichen Weges umgehen.

Die Situation ist vergleichbar mit der Lage am geplanten **Schulzentrum Beeskower Chaussee**. Hier beginnt die frühzeitige Planung für die Neuorganisation der Bushaltestellen. Ein diesbezüglicher Untersuchungsauftrag soll noch in diesem Jahr erteilt werden.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende schlägt vor, den nicht öffentlichen Teil ausfallen zu lassen, da keine Tagesordnungspunkte geplant sind und ihm die Verwaltung signalisiert hat, dass sie keine Informationen hat. Er fragt, ob Anfragen der Ausschussmitglieder bestehen würden. Die Abgeordneten geben Auskunft, dass sie keine Fragen im nicht öffentlichen Teil hätten und stimmen dem Vorschlag einstimmig zu.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21:53 Uhr.

Kai Hamacher

Marco Witte

Vorsitzender

Schriftführer